

# Universitätsbibliothek Wuppertal

## Reden im Plenum des Nordrhein-Westfälischen Landtags

Minister für Wissenschaft und Forschung 1970-1978

**Rau, Johannes**

**Düsseldorf, Mai 1998**

Inhaltsverzeichnis

---

**Nutzungsrichtlinien** Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.

Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

[urn:nbn:de:hbz:468-1-31](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:468-1-31)

## 7. Wahlperiode

Betreff	Datum	Quelle
Mitbestimmung an Schulen	06.10.1970	PLPr <sup>1</sup> 7/4 S. 71-72
Fachoberschule	08.12.1970	PLPr. 7/7 S. 163-164 S. 167-169 S. 183-189
Fachhochschulgesetz	09.12.1970	PLPr. 7/8 S. 221-224
	20.01.1971	PLPr 7/10 S. 277-279
	04.05.1971	PLPr 7/17 S. 602-605 S. 613-614
Hochschulgebührengesetz	15.06.1971	PLPr 7/20 S. 709
Errichtung einer Fachhochschule durch die Evangelische Kirche	29.06.1971	PLPr 7/22 S. 781
Hochschulgebührengesetz	29.06.1971	PLPr 7/22 S. 800
Hochschulbibliothekengebührengesetz	08.09.1971	PLPr 7/25 S. 918
Juristenausbildung	23.09.1971	PLPr 7/28 S. 1052-1053
Hochschulentwicklungsgesetz	10.11.1971	PLPr 7/31 S. 1125-1131
	11.11.1971	PLPr 7/32 S. 1158-1162 S. 1178-1180
Aktuelle Stunde: Affäre Klug/Finkelgruen,	16.12.1971	PLPr 7/38 S.1436-1437

---

<sup>1</sup> Plenarprotokoll

Gesamthochschulentwicklungsgesetz	23.02.1972	PLPr 7/42 S. 1539-1544 S. 1557-1558	Aus- und Fortbildungssituation der Journalisten	20.09.1973	PLPr 7/83 S. 3208-3211
Hochschule: Deutsch-niederländische Zusammenarbeit	26.04.1972	PLPr 7/47 S. 1740-1742	Novellierung verfassungswidrigen Hochschulrechts	23.10.1973	PLPr 7/84 S. 3253-3254
Hochschulentwicklungsgesetz	16.05.1972	PLPr 7/48 S. 1786-1790	Europäisches Hochschulinstitut Florenz	23.10.1973	PLPr 7/84 S. 3259-3261
Gesamthochschulentwicklungsgesetz	18.05.1972	PLPr 7/50 S. 1879-1880	Verfassungsbeschwerde: Beteiligung der Länderparlamente an allen Normenkontrollverfahren	25.10.1973	PLPr 7/86 S. 3311-3312
Universitätskliniken Düsseldorf und Essen	14.11.1972	PLPr 7/58 S. 2218-2220	Landeshaushalt 1974 EP 01 - Landtag	05.12.1973	PLPr 7/88 S. 3419
Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern über die Vergabe von Studienplätzen	14.02.1973	PLPr 7/66 S. 2500-2502	Fachhochschule für die öffentliche Verwaltung	18.12.1973	PLPr 7/90 S. 3570-3572 S. 3578-3580
Landeshaushalt 1973 EP 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung	21.03.1973	PLPr 7/68 S. 2597-2599	Erwachsenenbildungsgesetz-Weiterbildungsgesetz	24.01.1974	PLPr 7/93 S. 3702
Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern über die Vergabe von Studienplätzen	04.04.1973	PLPr 7/71 S. 2711-2713	Gesetzliche Fixierung des Ordnungsrechts an Hochschulen	09.05.1974	PLPr 7/101 S. 4090-4094 S. 4121-4125
Änderung des Hochschulgesetzes, des Fachhochschul- gesetzes und des Gesamthochschulentwicklungs- gesetzes	06.06.1973	PLPr 7/75 S. 2869-2873 S. 2883-2884	Fernstudium-Fernuniversität	30.05.1974	PLPr 7/103 S. 4175-4179 S. 4189-4190
Hochschule: Deutsch-niederländische Zusammenarbeit			Politischer Radikalismus	26.09.1974	PLPr 7/111 S. 4617-4618
Änderung des Hochschulgesetzes, des Fachhochschul- gesetzes und des Gesamthochschulentwicklungs- gesetzes	07.06.1973	PLPr 7/76 S. 2903-2909 S. 2919-2920	Fernstudium-Fernuniversität	13.11.1974	PLPr 7/116 S. 4837-4839
Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst	22.08.1973	PLPr 7/77 S. 2975-2977	Landeshaushalt 1975 EP 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung	18.12.1974	PLPr 7/119 S. 4986-4988
Fachhochschulerrichtungsgesetz	05.09.1973	PLPr 7/79 S. 3029-3030 S. 3034	Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	05.02.1975	PLPr 7/122 S. 5176-5177
Schulentwicklungsplanung	05.09.1973	PLPr 7/79 S. 3055-3058 S. 3068-3069			
Musikschulgesetz	20.09.1973	PLPr 7/83 S. 3193-3195			

## 8. Wahlperiode

Betreff	Datum	Quelle
Aktuelle Stunde Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung	01.10.1975	PLPr 8/6 S. 207-208
Finanzierung der Betriebskosten der Universität Bremen	27.11.1975	PLPr 8/10 S. 374-375 S. 379-381
Änderung des Abkommens über die Errichtung eines Wissenschaftsrates	27.11.1975	PLPr 8/10 S. 383
Hochschule: Aufnahme der geburtenstarken Jahrgänge	23.06.1976	PLPr 8/24 S. 1200-1207 S. 1221-1223
Persönliche Erklärung zur Hochschulreform	24.06.1976	PLPr 8/25 S. 1228
Kirchliche Zusatzversorgungskasse	24.06.1976	PLPr 8/25 S. 1257-1258
Aktuelle Stunde: Verhalten des Ministers gegenüber dem Landesparlament bei der Einführung eines Notzuschlags auf Zeit der Hochschulen	07.07.1976	PLPr 8/26 S. 1282-1285 S. 1288
Hochschule: Erhöhung der Ausbildungskapazität zur Aufnahme der geburtenstarken Jahrgänge	16.12.1976	PLPr 8/36 S. 1895-1899
Landeshaushalt 1977 EP 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	20.01.1977	PLPr 8/38 S. 2054-2058
Gesamthochschulentwicklungsgesetz	16.02.1977	PLPr 8/41 S. 2258-2261 S. 2277-2279 S. 2281
Zukunft des Hochtemperaturreaktors Jülich	16.02.1977	PLPr 8/41 S. 2313-2314
Lehrerausbildungsgesetz	27.04.1977	PLPr 8/45 S. 2490-2492 S. 2499-2500

Grundschule: Zeugnisregelung	27.04.1977	PLPr 8/45 S. 2520-2523 S. 2529-2530	(Giesen [CDU]) (A) erwachsener Schüler denken, haben wir bei der Debatte über unseren Entwurf und auch in der Formulierung eines entsprechenden Paragraphen zum Ausdruck gebracht. Es geht also um eine differenzierte und abgestufte Form der Mitwirkung nach je eigenen Rechten und Pflichten der Gruppen, die ich eben genannt habe, und — ich möchte hinzunehmen — der Schulaufsicht — also des Landes — und der Schulträger, um ein partnerschaftliches Zusammenwirken zum Besten der heranwachsenden Jugend, wobei wir die Möglichkeiten — allerdings auch die Grenzen — einer solchen Zusammenarbeit und Demokratisierung miteinander durchdenken, beraten und dann schließlich beschließen wollen. Mit Recht wird sie in einer der von mir zitierten Schriften auch als eine Grundlage und Voraussetzung der Schulreform genannt; denn die Zustimmung der „Betroffenen“ rechtzeitig zu erwirken, wird schulreformerische Maßnahmen nur unterstützen und fördern. Wichtig ist, daß wir über die einzelne Schule hinaus — nur für sie ist bisher den Eltern die Möglichkeit einer gewissen Mitsprache eingeräumt — eine Verlagerung auf die Ebene des Schulträgers und selbstverständlich auch — auf die Ebene des Landes anstreben. Ich wiederhole die Bitte, sich unserem heutigen Antrag hier anzuschließen. Da nach den Erklärungen grundsätzliche Übereinstimmung besteht, nehme ich nicht an, daß hier ein Nein gesagt wird, weil der Antrag von uns kommt, obwohl Bitte um grundsätzliche Zusammenarbeit und Angebot grundsätzlicher Zusammenarbeit in der Regierungserklärung bedauerlicherweise nur für den Bereich der Gebietsreform zum Ausdruck gebracht worden sind. Dadurch unterschieden sich die Regierungserklärungen von 1966 und die Regierungserklärung, die wir vor einigen Monaten erlebt haben. (Zustimmung bei der CDU)	nicht; denn ich stehe hier in Vertretung des verhinderten Kultusministers und habe seine Auffassung, die Auffassung der Landesregierung, hier darzulegen. Ich will mich also auch nicht mit der Frage auseinandersetzen, ob Sie hier offene Türen einrennen oder Eulen nach Athen tragen oder ob Sie — wie ich den Eindruck habe — hier einen alten Hirschen zum frischen Wasser führen (Heiterkeit) und eine Sache auf die Tagesordnung bringen, von der Sie aus der Regierungserklärung die Haltung, Meinung und Ankündigung der Landesregierung bereits kennen. Herr Minister Holthoff hat bei der ersten Lesung der Drucks. 1302 und 1303 am 1. Juli 1969 vor diesem Hohen Hause die vielschichtigen Aspekte einer Beteiligung von Lehrern, Eltern und Schülern im Schulwesen umrissen. Er hat Ihnen dabei nicht nur die schulspezifischen Bezüge, sondern auch die gesellschaftspolitische Relevanz der weithin verfolgten Tendenz zur Demokratisierung der Schule aufgezeigt. Ich darf mich deshalb auf vier Bemerkungen beschränken. Erstens: Sie haben es schon zitiert, Herr Kollege Giesen: Der Herr Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung vom 28. Juli erklärt: „Die Mitwirkung von Lehrern, Eltern und Schülern an der Schulreform sowie deren Zusammenwirken in der Schule sind zu sichern“. Sie dürfen gewiß sein, daß die Landesregierung diese Absicht verwirklichen wird, ohne daß es dazu eines Anstoßes durch die CDU-Fraktion bedarf.	(C)
Geordneter Schulbetrieb an Grund- und Hauptschulen	27.04.1977	PLPr 8/45 S. 2535-2536			
Studentenwerksgesetz Recht der Studentenwerke und Studentenschaften	28.09.1977	PLPr 8/53 S. 3005-3009 S. 3014			
Ausbildung von Zivildienstleistenden	14.12.1977	PLPr 8/63 S. 3595-3597			
Landeshaushalt 1978 EP 02 - Ministerpräsident, Minister für Bundesangelegenheiten und Staatskanzlei	18.01.1978	PLPr 8/65 S. 3727-3730			
EP 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	19.01.1978	PLPr 8/66 S. 3799-3801			
Lehrervorbereitungsdienst	22.02.1978	PLPr 8/68 S. 3998-4000 S. 4003-4004			
Studentenwerksgesetz Recht der Studentenwerke und Studentenschaften	12.4.1978	PLPr 8/71 S. 5033-5035	(B)		(D)
Gesetz über die Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen	26.04.1978	PLPr 8/73 S. 5193-5196		Mehr Demokratie wagen oder — wie Herr Kollege Köppler hier gesagt hat — neue Perspektiven eröffnen! Demokratisierung soll kein Schlagwort bleiben. Die CDU ist für die Demokratisierung (Lachen bei der SPD)	Zweitens hat die Landesregierung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die CDU-Fraktion offenbar nicht mehr die Auffassung vertritt, Demokratie in der Schule könne durch ein Gesetz erreicht werden, das — wie der damalige CDU-Antrag vom 13. Mai 1969 — bereits in seiner Bezeichnung ausdrücklich nur die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten anspricht. Ich freue mich, feststellen zu können, daß Ihr heute zu beratender Antrag die Ansicht von Herrn Minister Holthoff widerspiegelt, der von diesem Platze aus an dem zitierten 1. Juli 1969 betont hat, zur Demokratisierung der Schule gehöre die stärkere Mitverantwortung der Schüler ebenso wie die stärkere Eigenverantwortung der Lehrer und die der Eltern.
Wahlkampfkostengesetz	17.05.1978	PLPr 8/75 S. 5310-5312			Drittens: Es blieb einer von der SPD und der FDP getragenen Regierung vorbehalten, in den vergangenen Jahren den Prozeß der Demokratisierung im Schulwesen einzuleiten. (Zustimmung bei den Regierungsparteien)
Verbesserung des Geschichtsunterrichts	18.05.1978	PLPr 8/76 S. 5416		in den Fragen und Bereichen des Lebens, wo sie der Sache dient und nützlich ist. Ich nehme an, daß wir gleich das Ja der Sprecher der Fraktionen der SPD und FDP zu unserem Antrag hören. (Beifall bei der CDU)	obgleich das Schulverwaltungsgesetz Ermächtigungen hierzu bereits seit dem 1. Oktober 1959 angeboten hat. (Hört, hört! bei der SPD)
Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern über die Vergabe von Studienplätzen	21.09.1978	PLPr 8/83 S. 5739-5741		Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, Sie haben die Begründung der Antragsteller gehört. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Minister Rau das Wort. Rau, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin natürlich — das werden Sie verstehen, Herr Kollege Giesen — jetzt in der Gefahr, mich mit dem auseinanderzusetzen, wozu ich seinerzeit als Sprecher meiner Fraktion zum Bereich der Mitwirkung und Mitbestimmung der Eltern, Schüler und Lehrer im Schulwesen Stellung genommen habe. Ich darf das	Erst Herr Minister Holthoff hat aus diesen Ermächtigungen des Schulverwaltungsgesetzes in den noch zu zitierenden Bereichen der Schülermitverwaltung unter Beteiligung der Lehrer Konsequenzen gezogen. Diese Maßnahmen darf ich hier kurz darlegen.